

Niederschrift

BaMo/014/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 24.11.2022

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Hartmut Klein	SVB für die Baudenkmalpflege
Herr Dr. Lothar Kurz	

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping

Sachkundiger Einwohner f.
Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Hans Havers

CDU

Vertretung für Herrn
Thomas Oechtering

Herr Christian Heeke

CDU

Vertretung für Herrn Heiko
Isfort

Herr Heinz-Jürgen Jansen

DIE LINKE

Vertretung für Herrn
Thomas Schürmann

Herr Manoharan Murali

SPD

Vertretung für Frau Anna-
Lena Storm

Herr Rainer Ortel

UWG

Ratsmitglied - Vertretung für
Heiko Schomaker bis 18:40
Uhr

Frau Claudia Reinke

CDU

Vertretung für Herrn Guido
Scholz

Verwaltung:

Frau Milena Schauer

Beigeordnete

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen
und Bauen

Herr Dr. Jochen Vennekötter

Betriebsleiter TBR

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher
Mobilitäts- und Verkehrs-
planung

Herr Rüdiger Elbers

Straßenverkehrsbehörde

Frau Barbara Kummer

Mitarbeiterin Hochbau

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Heiko Isfort

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Thomas Oechtering

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Guido Scholz

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Thomas Schürmann

DIE LINKE

Sachkundiger Bürger

Frau Anna-Lena Storm

SPD

Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Herr Mahmoud Tahmaz

Sachkundiger Einwohner f.
Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

**1. Wechsel eines ehrenamtlich Beauftragten für die Denkmalpflege
Vorlage: 496/22**

Auf Wunsch von Herrn Brauer stellt sich Frau Remberg kurz vor und gibt einen Ausblick auf ihre Beweggründe, dieses Amt anzunehmen.

Herr Brauer wünscht Frau Remberg viel Erfolg in ihrem künftigen Tun und weist darauf hin, dass man sich somit von Herrn Klein, in der Funktion des ehrenamtlich Beauftragten für die Bau- und Denkmalpflege, verabschieden müsse. Er erklärt, dass er Herrn Klein, der seit 1995 seine Funktion als ehrenamtlich Beauftragter für die Denkmalpflege im Bauausschuss und später im Bau- und Mobilitätsausschuss ausgeübt habe, auch im Gestaltungsbeirat der Stadt Rheine angetroffen habe. Er habe festgestellt, dass sich Herr Klein um die Gestaltung der Innenstadt und auch anderer Gebäude in Rheine gerade in Bezug auf den Denkmalschutz langjährig engagiert habe. Hierfür möchte Herr Brauer sich, auch im Namen aller Bürgerinnen und Bürger und Ausschussmitglieder, bedanken.

Beschluss:

1. Der, die Aufgaben des Denkmalausschusses wahrnehmende, Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine bestimmt auf Vorschlag der Unteren Denkmalbehörde gem. § 30 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (Denkmalschutzgesetz - DSchG NRW) für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.05.2025 Frau Stefanie Remberg zur ehrenamtlichen Beauftragten für die Baudenkmalpflege und beruft Herrn Hartmut Klein zum 31.12.2022 ab.

2. Der Rat der Stadt Rheine beruft die ehrenamtliche Beauftragte für die Baudenkmalpflege Frau Stefanie Remberg als sachverständige Bürgerin für den Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine (§ 9 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Rheine), als Nachfolgerin für Herrn Hartmut Klein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 08.09.2022

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

3. Informationen der Verwaltung

1. Anfrage Bündnis 90 Die Grünen, Herr Moritzer; Hinweise zur Straßenbeleuchtung

Wir fordern daher Politik, öffentliche Verwaltungen, Handel, Gewerbe, Industrie und Privatpersonen auf:

- Licht ist nicht nur nach seiner Effizienz, sondern auch nach den durch eine Lichtanwendung verursachten **Belastungen und Schädigungen** zu beurteilen.
- **Maßnahmen zur Reduzierung von Lichtverschmutzung** durch effektive Begrenzung und Verringerung der Lichtbelastung in der Nacht zu ergreifen.

Die Verwendung umweltverträglicher Lösungen darf nicht weiterhin dem Zufall oder dem Ermessen Einzelner überlassen sein. Informationen und Anleitungen für Planer und Entscheider bei künstlichen Beleuchtungen sind erforderlich. Auf kommunalen Ebenen kann dies etwa durch Beleuchtungsempfehlungen, Lichtplanungen, Gestaltungssatzungen erfolgen.

- **Künstliches Licht zielgerichtet so einzusetzen**, dass es nur dorthin strahlt, wo es benötigt wird. Insbesondere ist zu vermeiden, dass Licht an den Himmel oder horizontal in die Umgebung strahlt. Dadurch wird auch die Möglichkeit einer Blendung reduziert.

Realisiert wird dies effektiv durch Einsatz von vollabgeschirmten Leuchten ohne Emissionen in den oberen Halbraum („upward light ratio“ ULR = 0% oder Lichtstärkeklasse G6) und den Verzicht von Bodenstrahlern.

- **Bedarfsorientierte Absenkung des Lichtstroms** in Abhängigkeit von der Benutzerfrequenz oder gar **Abschaltung** in den späten Nachtstunden festzulegen.

Eine Halbierung der Lichthelligkeit wird vom menschlichen Auge kaum wahrgenommen, ist mit modernen Leuchtmitteln leicht realisierbar und spart entsprechende Energiemengen.

- **Eine Begrenzung der Blauanteile** im weißen Licht festzulegen, wodurch auch die Blendung reduziert wird.

Realisiert werden kann dies durch Reduzierung der Lichtmenge für Wellenlängen kürzer als 500 nm auf maximal 10% der Gesamtemission von 350-800 nm, was vor allem gelbe und warmweiße Lichtquellen mit äquivalenten Farbtemperaturen von 2000 bis max. 3000 Kelvin erfüllen. In Untersuchungen wurde diese Lichtqualität von den Menschen auch als angenehmste empfunden. Zudem wird Natriumdampflicht mit einer Farbtemperatur von 1800 K seit Jahren flächendeckend eingesetzt.

- **Maßnahmen zur Verbesserung der visuellen Wahrnehmung** durch Blendungsvermeidung und Erhalt der Dunkeladaption zu ergreifen, was beispielsweise durch **gleichmäßig niedrige Helligkeiten** statt großer Lichtmengen erreichbar ist.

Auf diese Weise werden Blendungen durch Werbetafeln oder zu helle Leuchten vermieden. Gerade moderne Lichtquellen wirken durch ihre hohe Leuchtdichte extrem blendend. Zudem wird ein Bumerang-(Rebound-)Effekt durch vermehrten Einsatz energiesparender Beleuchtung vermieden.

- **Die Beleuchtung von Naturobjekten** (Pflanzen, Bäume, Gewässer, Geländeformationen) zu unterlassen.
- Eine verstärkte **Forschung und Aufklärung** über die negativen Auswirkungen von künstlichem Licht in der Nacht auf die Artenvielfalt und die menschliche Gesundheit zu unterstützen und eine **Förderung** der Entwicklung und Anwendung **belastungsarmer Beleuchtungslösungen** durchzuführen.
- Projekte der nächtlichen Außenbeleuchtung aus öffentlichen Mitteln nicht ausschließlich nach Energieeffizienzkriterien zu **fördern**, sondern nur dann, wenn es sich nachgewiesenermaßen auch um **lichtverschmutzungsvermeidende Beleuchtungslösungen** handelt.

Diese Maßnahmen stellen keine Einschränkungen hinsichtlich der Sicherheit, der wirtschaftlichen Entwicklung oder des individuellen Wohlbefindens dar!

Ansprechpartner:

Dr. Andreas Hänel, Fachgruppe Dark Sky, Museum am Schölerberg, Klaus-Strick-Weg 10, 49082 Osnabrück, Tel. 0541-5600326, ahaenel@uos.de

Die Resolution haben erarbeitet: Harald Bardenhagen, Dr.-Ing. Matthias Engel, Sabine Frank, Torsten Güths, Dr. Andreas Hänel, Alexander Weis

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.30 - Rol -

Vermerk

Anfrage Bündnis 90 Die Grünen, Herr Moritzer; Hinweise zur Straßenbeleuchtung

Stellungnahme der Verwaltung zu den angesprochenen Punkten

1. Beurteilung des Lichts nach Belastung

Die Stadt Rheine sieht für die Straßenbeleuchtung energieeffiziente LED-Leuchten vor, die aber ebenso das Umfeld auf möglichst geringe Weise beeinträchtigen.

So ist bei Auswahl der Leuchten auf eine Ausleuchtung der oberflächennahen Verkehrsfläche geachtet. Die Konstruktionen der neueren Beleuchtung verhindern ein Abstrahlen in den oberen Halbraum. Zudem werden in der Nähe von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten insektenfreundliche Beleuchtungskörper, die mit der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt abgestimmt sind, ausgewählt.

2. Reduzierung der Lichtverschmutzung

Durch die seit 2005 eingeführte Nachtabschaltung der örtlichen Straßenbeleuchtung leistet die Stadt Rheine bereits einen großen Beitrag zur Reduzierung der Lichtverschmutzung.

Auf einem Teilstück des Triangel-Radweges werden solarbetriebene adaptive Leuchten eingesetzt, die nur bei Erfordernis über einen Bewegungsmelder den Weg ausleuchten.

3. Licht zielgerichtet einsetzen

Siehe zu 1.

4. Bedarfsorientierte Absenkung/Nachtabschaltung

Siehe zu 2.

5. Begrenzung der Blauanteile

Zurzeit werden Lichtfarben von 3000 Kelvin bis 4.000 Kelvin eingesetzt. Während in naturnahen Gebieten und der Innenstadt vornehmlich 3000 K (siehe Beleuchtungskonzept Innenstadt) eingesetzt wird, sind für die Hauptverkehrsstraßen i.d.R. 4000 Kelvin vorgesehen.

6. Gleichmäßig niedrige Helligkeiten

Im Zuge von Erneuerungs- und Neubaumaßnahmen werden die Beleuchtungssituationen rechnerisch ermittelt, um eine gleichmäßige Ausleuchtung der Verkehrsfläche zu erzielen.

7. Beleuchtung von Naturobjekten unterlassen

Zurzeit werden als Naturobjekt lediglich einige Bäume am Emsufer im Innenstadtbereich beleuchtet

8. Forschung und Aufklärung

Im Verlauf der Nachtabstimmung und bei anstehenden Projekten und Anträgen zur zusätzlichen Beleuchtung wird regelmäßig in den Abwägungen hierzu auch auf die negativen Auswirkungen, insbesondere in den Außenbereichen, hingewiesen.

9. Die öffentliche Beleuchtung wird so ausgewählt, dass ein Abstrahlen in den oberen Halbraum verhindert und so Lichtverschmutzung weitgehend vermieden wird.

10. Nach der Recherche bezüglich der Kelvinwerte gibt es nur in Baden-Württemberg eine gesetzliche Vorgabe zum Einsatz von LED Leuchten bis max. 3000 K.

Im Auftrag

Thomas Roling
Leiter Mobilitäts- und Verkehrsplanung

2. Förderung der Elektromobilität durch kostenloses Parken auf öffentlichen Parkplätzen

Information für den BaMo am 24.11.2022

Förderung der Elektromobilität durch kostenloses Parken auf öffentlichen Parkplätzen

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz hat in seiner Sitzung vom 25.01.2017 beschlossen, dass Elektromobile bis zum 31.12.2019 auf öffentlichen, nicht privaten Parkplätzen mit Parkscheiben- oder Parkautomatenregelung kostenlos abgestellt werden dürfen. In seiner Sitzung vom 27.11.2019 verlängerte der Ausschuss diese Regelung bis zum 31.12.2022.

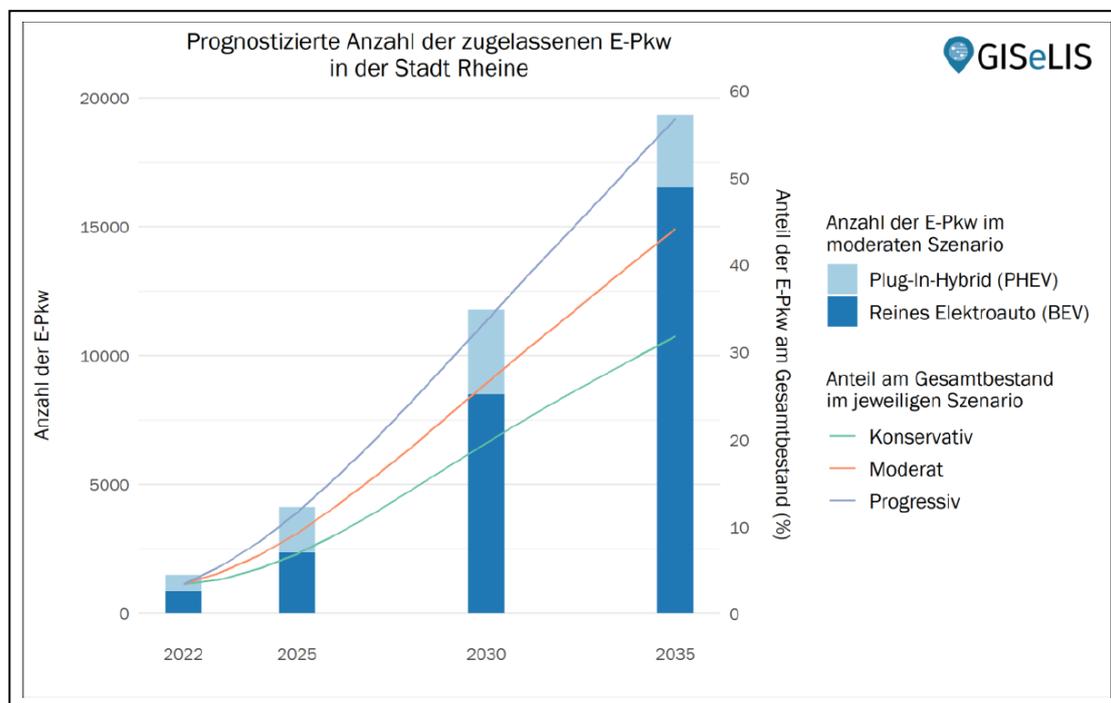
Die Regelung basiert auf den Bevorrechtigungen des EmoG und sollte die Nutzung der Elektromobilität fördern. Durch die Möglichkeit des kostenlosen Parkens sollten Besitzer von Elektro-

fahrzeugen eine Anerkennung und potenzielle Käufer einen Anreiz erhalten. Die Regelung erforderte keinen Aufwand in Bezug auf die Kennzeichnung von Parkflächen. Mindereinnahmen durch die Kennzeichnung von bevorrechtigten Parkflächen entfielen bei der gefundenen Regelung ebenfalls.

Im Verlauf der letzten sechs, insbesondere jedoch der vergangenen zwei Jahre, konnte eine signifikante Steigerung der Zulassungszahlen für elektrifizierte Fahrzeuge in Rheine festgestellt werden. **Die Maßnahme zur Förderung der Elektromobilität ist nicht mehr notwendig und läuft daher zum vorgesehenen Zeitpunkt am 31.12.2022 aus.**

Die Verwaltung hat auf die steigenden Zulassungszahlen der Elektrofahrzeuge reagiert und erarbeitet aktuell in Zusammenarbeit mit dem Büro mobilitätswerk aus Dresden eine Umsetzungsstrategie mit Fokus auf die Ladeinfrastruktur.

Abbildung: Prognostizierte Anzahl der zugelassenen E-Pkw (moderates Szenario)
Quelle: mobilitätswerk Dresden



3. Hinweis zu den Bauzeiten Begegnungszentrum Dorenkamp/Mitte 51

Die Bauzeit für die Bauabschnitte 2 und 3 des Begegnungszentrums Dorenkamp/Mitte 51 verlängern sich in das Jahr 2023 hinein.

Damit eine Nutzung durch die unterschiedlichen Gruppierungen nach einer komplett abgeschlossenen Bauphase erfolgen kann, wurden mit den Architekten die folgenden Termine als Nutzungsbeginn festgelegt:

3. BA (Bewegungsraum) 1. April 2023
2. BA (MFR, Gruppenraum, Küche) 1. Juni 2023

Gründe für die verlängerte Bauzeit sind:

- Doppelte Ausschreibungen aufgrund fehlender und/oder nicht ausreichender Firmenbeteiligung und z.T. unangemessen hohen Angebotssummen, Malerarbeiten, Sportboden, Elektroarbeiten, Medientechnik für Veranstaltungsbereich, Wandverkleidung Akustik

- Erhebliche Lieferverzögerungen für Holzwerkstoffe, Alufenster, diverse Elektrokabel
- Gestörter Bauablauf, d.h. Firma ging während der Ausführung in die Insolvenz (Estrichleger)

Die Nutzer wurden vom Team Mitte51 über den geplanten Nutzungsbeginn informiert.

3.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

1. Verbesserung des Radverkehrs in der Stadt Rheine

**Basilikastraße (zw. Elter Straße und Bevergerner Straße)
Bevergerner Straße (zw. Basilikastraße und Kopernikusstraße)**

Von der Fraktion Die Linke wurde folgender Antrag gestellt:

DIE LINKE.
Ratsfraktion Rheine der Partei DIE LINKE
c/o Annette Floyd-Wenke
Godehardweg 34, 48429 Rheine
Tel.: 05971 9483648

An den Bürgermeister der Stadt Rheine
Dr. Peter Lüttmann

An den Vorsitzenden des Bau- und Mobilitätsausschusses
Karl-Heinz Brauer

per E-Mail
nachrichtlich an die Fraktionen im Rat

30. Juni 2022

**Antrag zur Verbesserung des Radverkehrs in der Stadt Rheine
zur Befassung im Bau- und Mobilitätsausschuss**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion der Partei Die Linke im Rat der Stadt Rheine beantragt folgende
Änderung zur Verbesserung des Radverkehrs in der Stadt Rheine:

Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die
Straßenverkehrsbehörde anzuweisen an der Basilikastraße von der Elter Straße bis
zur Bevergerner Straße und an der Bevergerner Straße von der Basilikastraße bis
zur Kopernikusstraße das Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für
mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträder mit Beiwagen durch Zeichen 277.1
anzuordnen.



Begründung:
Dieser Teil der Bevergerner Straße nimmt einen Großteil des Schülerradverkehrs
des Kopernikus Gymnasiums und der Euregio Gesamtschule auf.
Bei einer Straßenbreite von unter 6 Metern und dem großen Anteil an Radverkehr
wird so eine Gefährdung der Radfahrenden minimiert, da aufgrund der Fahrstrecke
des Kraftfahrzeuges während eines Überholvorganges nie eine Gefährdung
entgegenkommender Radfahrender ausgeschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz-Jürgen Jansen
Die Linke. Ratsfraktion Rheine

Ergebnis

Ein Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen soll gemäß VwV-StVO zu Z 277.1 nur dort angeordnet werden, wo aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, insbesondere aufgrund von Engstellen, Gefäll- und Steigungsstrecken, oder einer regelmäßig nur schwer zu überblickenden Verkehrslage ein sicherer Überholvorgang von einspurigen Fahrzeugen nicht gewährleistet werden kann.

Während einer Besichtigung vor Ort stellten die AK-Mitglieder fest, dass beide Straßenabschnitte einen übersichtlichen Straßenverlauf haben. Auch die Breite der Fahrbahnen lässt das Überholen von Radfahrern unter Beibehaltung des erforderlichen Sicherheitsabstandes bei nicht entgegenkommendem Verkehr zu. Insofern liegen die Voraussetzungen zur Anordnung eines Überholverbotes von einspurigen Fahrzeugen nicht vor.

2. Verhalten von Fußgängern auf Fahrradstraßen

Herr Elbers erklärt, dass er von Herrn Dr. Konietzko gefragt worden sei, wie sich Fußgänger auf Fahrradstraßen verhalten müssen. Hier sei es ihm konkret um den Triangelradweg gegangen, an dem keine Gehwege vorhanden seien. Er erklärt, dass Fußgänger diese Fahrradstraße im seitlichen Randbereich benutzen dürfen, wobei aber immer das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme gelte.

3. Bereich Rheiner Straße, Nielandstraße, Alte Bahnhofstraße in Mesum

Herr Jansen bittet Herrn Elbers zu prüfen, ob man in dem Bereich Rheiner Straße, Nielandstraße, Alte Bahnhofstraße in Mesum, wo es auch eine bauliche Engstelle gebe, mit der zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h heruntergehen könne. Es gebe an dieser Stelle viel LKW- und Busverkehr, einschließlich der Überquerung durch Fußgänger und Jugendliche/Kindern mit ihren Fahrrädern.

Herr Elbers nimmt den Prüfauftrag für den Arbeitskreis Verkehr mit.

4. Einwohnerfragestunde

Bürger 1

Bürger 1 bezieht sich auf ein Treffen mit der Verwaltung und den Anliegern der Straße Laugärten West. Dort wurde, aus seiner Sicht, der Sachverhalt anders dargestellt, als er bei den Anliegern angekommen sei. Er möchte wissen, ob es bereits eine verwaltungsrechtliche Prüfung des Zwangs, den bisherigen Kanal zwischen den Straßen Laugärten West und Laugärten Ost aufzugeben und dafür zwangsweise in die neuen Kanäle, die es in den Straßen Laugärten West und Ost gebe, auf eigene Kosten einzuleiten. Weiter weist Bürger 1 darauf hin, dass von der Verwaltung ein Gerichtsurteil angeführt wurde, was aus ihrer Sicht nicht zutreffe, da der Ausgangspunkt bei dem Gerichtsurteil ein anderer gewesen sei. Der Teilkanal, der dort durch Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichtes als umlegbar galt, war ein Teilkanal, der nicht in die Straße geführt wurde. Dieser Teilkanal widersprach der Baugenehmigung, denn die Auflage sei gewesen, in die Straße hinein in den vorhandenen Kanal zu entwässern. Von Bestandsschutz könne man rechtlich nicht sprechen, da dort die Lösung genau entgegen der Baugenehmigung gegeben war. In den beiden Straßen Laugärten West und Ost, sei die Situation somit anders. Der Kanal entspricht einem ungewöhnlichen Detail des Bebauungsplanes des Ortes Elte als selbständigem Ort. Es habe damals eine Anschlusspflicht gegeben, selbst für neue Häuser, die in den letzten Jahren gebaut wurden. Damit gebe es nicht nur eine Anschlusspflicht, sondern auch ein An-

schlussrecht, was leider jetzt infrage gestellt werde. Bürger 1 möchte wissen, in wieweit dies schon geprüft wurde, da das angefügte Urteil aus seiner Sicht nicht stichhaltig sei und es sich aus einer völlig anderen Situation heraus ergeben habe.

Herr Brauer erklärt, dass die Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

5. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

6. Neubau Elsa-Brändström-Realschule -Abschluss Entwurfsphase Vorlage: 487/22

Frau Schauer verweist auf den ambitionierten Zeitplan. Sie erklärt, dass es heute um inhaltliche Dinge gehe und man sich die Grundrisse genehmigen lassen möchte. Das würde aber nicht bedeuten, dass man mit dem Bau sofort beginnen würde, da man erst die Kostenschätzungen komplett abwarten werde. Im Februar würde man dann einen Umsetzungs- und Entwurfsbeschluss fassen, wie es auch bei anderen Maßnahmen der Fall sei. Sie gibt kurz eine Zusammenfassung zu den wichtigsten Fakten, Änderungen und Erweiterungen zur Maßnahme.

Herr Christian Jansen erklärt, dass er es gut finde, dass bei einem neu geplanten Gebäude Maßnahmen für den Zivilschutz gleich mit eingeplant werden.

Herr Ortel fragt zur geopolitischen Lage und Situation im Energiesektor. Es sei klar, dass das Notstromaggregat an dieser Stelle und auch für die Räumlichkeiten, die in einigen Jahren fertig gestellt werden, wichtig sei. Deshalb frage er sich, da die Kosten auch nicht unerheblich seien, ob man dann nicht dahingehend überlegen müsse, wie man dies auf das gesamte Stadtgebiet anwenden könne, wenn es hier nicht um die Unterbringung von Flüchtlingen, sondern um einen längeren Stromausfall gehe.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es einen Krisenstab gebe, der sich mit verschiedenen Dingen diesbezüglich beschäftige. Der Krisenstab tage zur Corona-Lage, der Flüchtlingslage, aber auch zur Gas- und Energiemangellage. Zurzeit sei man dabei, das Thema Leuchttürme für die Stadt durchzuspielen und auch aufzubereiten. Natürlich werde die neue Elsa-Brändström-Schule erst in einigen Jahren zur Verfügung stehen, wobei aber das Thema Naturkatastrophen berücksichtigt werden müsse.

Herr Beckmann ist der Meinung, dass ein Notstromaggregat für die Schule ein guter Weg sei. Man rede hier über eine Summe von 180.000,00 Euro, was im Hinblick auf die Gesamtsumme ein minimaler Anteil sei. Er wünsche sich für die noch kommenden Vorlagen, dass dann die Mehrkosten hierzu explizit ausgewiesen werden.

Frau Reinke fragt, ob der produzierte Strom aus der PV-Anlage gespeichert werden könne, um dann im Notfall abgesichert zu sein.

Frau Kummer erklärt, dass man sich erst einmal fragen müsse, ob man den gesamten Strom und für wie lange speichern möchte. Dies sei noch in der Abwägung, wobei man sicherlich keinen Energiespeicher planen werde, mit dem man eine wochenlange Stromproduktion speichern könne.

Herr Kleene weist darauf hin, dass sich die Mitglieder der SPD mit dem Beschlussvorschlag eingehend auseinander gesetzt haben und mit den Planungen einverstanden seien.

Herr Christian Jansen erklärt, dass er es begrüßen würde Speicher zu haben, die den Strom wochenlang speichern könnten. Die Speichermedien seien allerdings in der Entwicklung noch nicht so weit. Er bittet darum, dass man sich das Gebäudeniveau noch einmal in Bezug auf eventuelle Naturkatastrophen ansehen solle, damit man, bei z. B. Überschwemmungssituationen, keine Überraschungen erlebe.

Herr Huesmann fragt, warum man ein mobiles Aggregat gewählt habe.

Frau Schauer erklärt zum Hintergrund, dass das Raumkonzept schon sehr weit fortgeschritten und ein mobiles Aggregat die günstigere Lösung gewesen sei. Es biete mehr Flexibilität und könnte an der Kläranlage gelagert und gewartet werden.

Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Planungsstand für das zukünftige Gebäude der Elsa-Brändström-Realschule und die dazugehörige Sporthalle zur Kenntnis und beschließt den Abschluss der Leistungsphase 3 auf dieser Grundlage.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die weitere Ausarbeitung auf dieser Grundlage und die Erstellung der Bauanträge für das Schulgebäude und die Sporthalle.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die Umsetzung einer Wärmepumpenanlage mit einem Erdsondenfeld.
4. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die Ausstattung des Schulgebäudes mit dem Anschluss für ein mobiles Notstrom-Aggregat und die Anschaffung eines mobilen Notstromaggregates.
5. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Nachhaltigkeit zur Kenntnis und beauftragt die Weiterverfolgung dieser Punkte innerhalb der weiteren Planung. Bei zu erwartenden wesentlichen Überschreitungen der 10 %-Marke, erfolgt eine Entscheidungsvorlage im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Elsa-Brändström-Realschule; Anregungen zum Verkehrskonzept
Vorlage: 469/22**

Herr Roling erklärt, dass es schon eine Vorlage zum Verkehrskonzept gegeben habe und die beschlossen worden sei. Hierzu habe es noch zwei Anregungen in Bezug auf die Einplanung einer zusätzlichen Querungshilfe und die Prüfung einer Elternhaltestelle im nahen Bereich zur Schule gegeben. Für eine zusätzliche Querungshilfe habe man drei Varianten ausgearbeitet, bei denen dies möglich sein könne. Herr Roling stellt die drei Varianten vor. Letztendlich komme man in der Gefährdungsbeurteilung der Querungshilfen zu dem Entschluss, dass die bestehende Querungshilfe ausreichend sei, da man die Varianten im Grunde nicht umsetzen könne. Herr Roling weist darauf hin, dass es bei dem zweiten Prüfauftrag um die Einrichtung einer Elternhaltestelle gehe, wofür man drei Standorte in der näheren Umgebung ausgemacht habe. Wichtig sei hierfür, dass ein 250 m Radius der Elternhaltestelle zum Schuleingang eingehalten werde und dass die Einrichtung dieser Haltestelle möglichst nicht in einem Wohngebiet erfolge, damit dort dadurch nicht zusätzlicher Verkehr erzeugt werde. Auch hier stellt Herr Roling alle drei Vorschläge vor und erklärt, dass sie konfliktbehaftet seien und nicht vorgeschlagen werden können.

Herr Schaper erklärt, dass sie mit der Überschreithilfe gut leben können, wobei sie bei der Elternhaltestelle eine Verschiebung des Problems sehen. Die Realität sei, dass viele Eltern ihre

Kinder mit dem Pkw zur Schule bringen werden und einfach eine Parkmöglichkeit suchen werden. Dies könne zur Folge haben, dass entweder die Bushaltestellen oder der Parkplatz benutzt werden. Er gehe davon aus, dass diese Situation Thema im Bau- und Mobilitätsausschuss bleiben werde.

Frau Schauer erklärt, dass dies schon diskutiert worden sei und die Verwaltung zwei Möglichkeiten sehe. Von den untersuchten Standorten sei der an der Salzbergener Straße derjenige, der am ehesten in Frage kommen könne, auch wenn er nicht optimal sei. Die zweite Möglichkeit sei die Nutzung der Stellplatzanlage (Parkplatz), die man dann noch einmal überplanen müsse. Dies würde sie nicht von vornherein umsetzen, da sie das Bringen und Abholen der Schüler von den Eltern nicht fördern möchte.

Herr Kleene regt an, die Elternhaltestelle auf der Stellplatzanlage mit einzurichten.

Herr Roling erklärt, dass die Parkplatzanordnung schon im Vorfeld sehr schwierig gewesen sei.

Herr Christian Jansen regt an, progressiver zu denken und im gesamten Bereich durch Aufpflasterungs- und - „Shared space“ Maßnahmen den Verkehr auszubremsen, um damit eine andere Geschwindigkeit und ein anderes Miteinander zu bekommen.

Herr Beckmann erklärt, dass er die Argumente von Herrn Schaper und Herrn Jansen nachvollziehen könne. Natürlich müsse die Situation beobachtet werden. Er hoffe, dass die Denkweisen in Bezug auf den Klimawandel und auch die steigenden Benzinpreise dazu beitragen werden, dass auch hierzu ein Umdenken stattfinden werde.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er von dem vorgestellten Verkehrskonzept nicht überzeugt sei. Aktuell sei die Situation auf der Salzbergener Straße schon dramatisch, da diese eine Hauptverkehrsstraße nach Rheine sei. Aus seiner Sicht sei es kein präventives Vorgehen, was die Zu- und Abfahrt vom Schulgrundstück betreffe und für ihn sei somit das Verkehrskonzept nicht ausreichend.

Herr Ortel weist darauf hin, dass der Ausschuss entschieden habe, solche Zonen einzurichten. Wenn man dies für die eine Schule entschieden habe, gebe es überhaupt keine Argumentation, warum es für eine andere Schule nicht gemacht werde. Deshalb kann es nur der Auftrag sein, eine solche Lösung zu finden. Oberste Priorität müsse die Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler haben.

Frau Reinke weist darauf hin, dass einer der Gründe, warum die Eltern ihre Kinder zur Schule fahren, die überfüllten Busse seien. Sie regt an, sich auch noch einmal mit dem Thema „überfüllte Busse“ zu beschäftigen, da die Kinder teilweise auf den Trittbrettern im Ausgangsbereich der Busse stehen müssen.

Frau Schauer erläutert, dass zum Verkehrskonzept mehr dazugehöre als nur die Situation durch die Elterntaxis. Man habe ein gutes Fahrrad- und Buskonzept entwickelt, womit die Schüler sicher auf das Grundstück und zum Eingang der Schule gelangen können. Man habe ein gutes Fußgängerkonzept, indem man eine Querungshilfe und eine Lichtsignalanlage habe und dann noch im späteren Verlauf die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 km/h im Bereich vor der Schule. Frau Schauer bezieht sich auf die Aussage von Herrn Ortel und weist darauf hin, dass man sich bei der Michaelschule aufgrund der besonderen Gefährdungslage, z. B. der Eingangssituation und der Lage zum Matthias-Spital, dafür entschieden habe. Dies sei der Grund gewesen, warum eine Elternhaltestelle eingerichtet worden sei und dies sollte auch immer eine Einzelfallentscheidung bleiben. Hier müsse man jetzt abwarten und beobachten, wie sich die Situation diesbezüglich entwickeln werde.

Herr Huesmann erklärt, dass für ihn feststehe, dass die Situation, wie sie geplant sei, weiter entzerrt werden müsse.

Herr Schröder weist drauf hin, dass für die Schulbusfahrer gerade die Eltern, die ihre Kinder mit dem Pkw zur Schule bringen, ein großes Problem seien.

Frau Wellmann geht davon aus, dass, wenn es für die Eltern unbequem und unpraktisch sei ihre Kinder zur Schule zu bringen, diese dann auch eher mit dem Bus oder dem Fahrrad zur Schule schicken werden.

Herr Brauer erklärt, dass es heute um eine Kenntnisnahme gehe. Frau Schauer aber auch Herr Roling haben die Möglichkeit offengehalten, dass man eine Regelung über den Parkplatz treffen könne. Man nehme dies heute zur Kenntnis und werde dies weiter beobachten, wenn die Schule fertig sei.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zu den Anregungen zum Verkehrskonzept zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**8. Energiebericht der Stadt Rheine 2020/21
Vorlage: 328/22**

Frau Jaske stellt den Energiebericht der Stadt Rheine vor.

Herr Beckmann erklärt, dass man hiermit gute Vergleichsmöglichkeiten für die einzelnen Gebäude bekommen habe. Er regt an, dieses Thema in einem anderen Bau- und Mobilitätsausschuss noch einmal aufzugreifen, um dann auf verschiedene Bereiche und Dinge noch tiefer eingehen zu können.

Herr Christian Jansen bittet um eine Übersicht zum Umbau auf LED-Technik, der städtisch beeinflussbar sei. Er gehe davon aus, dass dort noch einiges an Potenzial vorliegen würde, was umgerüstet werden könne. Er möchte wissen, wo man im Moment diesbezüglich stehe.

Herr Dr. Konietzko fragt, ob es einen Überblick gebe, was die neue Heizungsanlage im Kloster Bentlage gebracht habe, damit man beurteilen könne, was solche Maßnahmen bringen.

Frau Jaske erklärt, dass sie diese Daten nachreichen könne.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Energiebericht der Stadt Rheine bzw. der TBR - Entwässerung- und -Straßen- 2020/21 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

9. Kommunales Modulares Mobilitätskonzept - KOMM

Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ - Radwegemaßnahmen 2023 Vorlage: 470/22

Frau Schauer gibt einen Überblick über den Sachstand. Sie erklärt, dass das Radverkehrskonzept 2020 vom Rat beschlossen wurde und da es nicht statisch sein sollte, können Maßnahmen weiter mit aufgenommen werden. Die Maßnahmen sind vorberaten und in einer Maßnahmenliste als Ergänzungsanträge aufgeführt worden. Weiter stehe die Maßnahmenliste der Radwegemaßnahmen für 2023 zur Beschlussfassung an. Sie weist darauf hin, dass bis jetzt 59 Maßnahmen umgesetzt wurden, 17 Maßnahmen in Bearbeitung seien und für 2023/2024 weitere 77 Maßnahmen schon projektiert seien.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass die Stadt Zwolle 2 Mio. Euro für Radverkehrsmaßnahmen innerhalb von 3 Jahren ausgeben, die Stadt Rheine allerdings nur 845.000,00 Euro ohne Abzug der Zuschüsse einsetzen konnte. Er denke, dass es für Rheine da noch Luft nach oben gebe und bittet das Budget für die nächsten Jahre noch einmal zu überdenken. Herr Nagelschmidt berichtet, dass die Stadt Rheine als fahrradaktivste Stadt Deutschlands und fahrradfreundlichstes Kommunalparlament Deutschlands ausgezeichnet werde. Weiter sei die Stadtverwaltung im März 2022 als fahrradfreundlicher Arbeitgeber und im September 2022 als fahrradfreundliche Kommune ausgezeichnet worden. Er ergänzt, dass die Nelson Mandela Schule am 28.09.2022 zur fahrradfreundlichsten Schule Deutschlands und am 08.12.2022 die Marienschule Hauenhorst als fahrradaktivste Schule in NRW ausgezeichnet werde. Er hoffe, dass es auch in den nächsten Jahren so weitergehe.

Herr Dr. Konietzko weist darauf hin, dass das, was die Stadt Rheine mit 800.000,00 Euro geschafft habe, schon eine gute Leistung sei, da man berücksichtigen müsse, dass die Stadt Zwolle eine 3-fach höhere Wirtschaftsleistung als Rheine habe.

Herr Hans-Jürgen Jansen stellt die Anträge der Fraktion der Linken vor, die im Arbeitskreis Radverkehr abgelehnt worden seien. Beim ersten Antrag gehe es um das Thema „Rundum Grün an allen Fußgänger- und Radverkehrsanlagen“. Er erklärt, dass ein Hauptgrund für diesen Antrag die Vermeidung von möglichen Gefährdungen für Fußgänger und Radfahrer gewesen sei. Durch die Trennung der Ampelphasen, wie man sie am Bahnhof vorfinde, können abbiegende Fahrzeuge zügig die Kreuzung passieren. Dies führe zu einer Verhinderung eines Rückstaus auf den zuführenden Straßen zum Ring. Denn bei gleichzeitiger Freigabe von Abbiegenden Kfz und Fußgänger z. B. wie auf der Osnabrücker Straße, kann dies bei starkem querenden Fußgängerverkehr, dem Vorrang beim Abbiegevorgang eingeräumt werden muss, zu Rückstau führen. Nicht umsonst waren die Busse C 4 und R 93 in der Staumeldung immer unpünktlich, weswegen schon der Geradeausverkehr auf die mittlere Spur verlagert wurde. Weiter erklärt er, dass die Verwaltung die Meinung vertrete, dass, wenn die Maßnahme so auf dem ganzen Ring umgesetzt werde, der Verkehr auf dem Ring zum Erliegen kommen würde. Daraus folgere er, dass dies aber an einzelnen Kreuzungen möglich sei. Deshalb möchte er den Antrag zugunsten eines Prüfauftrages ersetzen, der wie folgt lauten könne: „Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welchen Kreuzungen ein „Rundumgrün“ für Fußgänger und Radfahrer möglich ist, ohne dass der Verkehr zum Erliegen kommt.“ Zum zweiten Antrag erklärt Herr Jansen, dass es hier um die Roteinfärbung der Fahrradspuren an den Kreuzungen des Ringes gehe. Vorab möchte er wissen, wer hierfür der Baulastträger sei. Zum eigentlichen Antrag erklärt er, dass es durch die deutlichere Kennzeichnung für den Rad- und Fußverkehr eine bessere Sicherheit gebe. Besonders sinnvoll sei es aus Sicht der Mitglieder, die Roteinfärbung der Fahrradspuren an der Kreuzung Hemelter Straße Ecke Kardinal-von-Galen-Ring vorzunehmen. Wenn man aus Richtung Gellendorf den Fahrradstreifen auf dem Ring nach links nutze, um dann weiter über die Ems zu fahren, sei dies für ortsunkundige Verkehrsteilnehmer besonders im

Dunkeln sehr schwer zu erkennen. Es sei nicht sofort ersichtlich, dass der Fahrradstreifen auf der anderen Seite der Kreuzung als Fahrradweg fortgeführt werde. Auch an der Kreuzung am Bahnhof, könne eine Roteinfärbung zu einer besseren Übersicht für Radfahrer und Fußgängerströme führen. Auch hier möchte er den Antrag zu Gunsten eine Prüfantrages zurückziehen, der wie folgt lautet: „Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welchen Kreuzungen eine Roteinfärbung der Fahrradspuren zur Gefahrenreduzierung für Fußgänger und Radfahrer sinnvoll ist.“

Herr Roling erklärt zur Frage des Baulastträgers auf dem innerstädtischen Ring, dass die Stadt Rheine dies für die Hansaallee sei und für den Rest Straßen NRW zuständig sei. Er weist darauf hin, dass es schon Ortstermine z. B. beim Lingener Damm, Konrad-Adenauer-Ring, Hansaallee im Zuge der Deckenerneuerung gegeben habe, wo die Roteinfärbung der Radwege Thema gewesen seien. Von Seiten des Baulastträgers sei dies aber ganz klar abgelehnt worden. Herr Roling erklärt, dass man über eine Roteinfärbung des Radweges im Bereich Hemelter Straße sicherlich mit dem Baulastträger noch einmal sprechen könne, er aber eine generelle Roteinfärbung im Straßenbereich der Stadt Rheine nicht grundsätzlich sehen würde.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass er den Antrag nachvollziehen könne und in erster Linie hierfür die Kreuzung Bahnhofstraße/Kardinal-Galen-Ring sehe.

Herr Brauer lässt über die zwei Änderungsanträge abstimmen.

1. Prüfauftrag:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welchen Kreuzungen ein „Rundumgrün“ für Fußgänger und Radfahrer möglich ist, ohne dass der Verkehr zum Erliegen kommt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
 1 Gegenstimme
 1 Enthaltung

Herr Brauer erklärt, dass der Prüfauftrag für die Verwaltung somit angenommen worden sei.

2. Prüfauftrag:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welchen Kreuzungen eine Roteinfärbung der Fahrradspuren zur Gefahrenreduzierung für Fußgänger und Radfahrer sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
 2 Gegenstimmen
 1 Enthaltung

Herr Christian Jansen regt an, auf der Internetseite der Stadt Rheine das Gesamtkonzept des Kommunalen Modularen Mobilitätskonzeptes darzustellen und etwas mehr zu präsentieren. Somit könne man sehen, wie das Konzept generell aussehe und was im Moment in Bearbeitung sei. Dadurch würde man vielleicht erreichen, dass die Bürger sich mehr beteiligen, Anregungen einbringen und somit aktiv im Prozess mitgenommen werden.

Frau Schauer erklärt, dass Herr Wolters auch die Internetseite im Blick habe. Sie werde die Anregung mitnehmen.

Beschluss:

- I. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die angeregten Ergänzungsanträge in die Maßnahmenliste der Ergänzungsanträge (siehe Anlagen 3.1 bis 3.3) aufzunehmen.
- II. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Sachstand zum Modul „Nahmobilität / Radverkehrskonzept“ der Radwegemaßnahmen 2023 zur Kenntnis und beschließt die Maßnahmenliste für das Jahr 2023 (siehe Anlagen 4.1 bis 4.3)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Aufbau eines Carsharing-Angebotes in Rheine
Vorlage: 472/22**

Frau Schauer führt in das Thema ein. Sie erklärt, dass die Verwaltung einen Förderantrag für die 10 Fahrzeuge stellen werde. Danach würde die Ausschreibung erfolgen, wobei man eine Leistungsbeschreibung erstellen und nach Preis entscheiden werde. Derjenige, der das geringste Defizit habe, werde den Zuschlag bekommen. Die Förderung werde für den defizitären Bereich gezahlt, wobei man erst einmal davon ausgehe, dass sich dies nach drei Jahren wirtschaftlich und eigenständig tragen werde. Frau Schauer ergänzt, dass die komplette App-Lösung dann allerdings über eine private Firma laufen werde.

Herr Beckmann möchte wissen, ob man davon ausgehen könne, dass das ganze Projekt von einem privaten Anbieter betrieben werde und wie hoch das Risiko für die Stadt Rheine bleibe.

Frau Schauer erklärt, dass der Anbieter eine Kalkulation erstellen müsse, wobei man in der Aufbauzeit erst einmal von einem Defizit ausgehe. Dieses Defizit bekomme die Firma dann, damit sie nach Rheine komme, über die Fördermittel ausgeglichen. Man habe die Hoffnung, dass man durch die Einführungsphase eine Etablierung des Carsharing-Angebotes in Rheine bekomme. Sollte es sich dann doch als stark defizitär herausstellen, werde man das Carsharing auch nicht weiter betreiben. Jetzt habe man durch die geförderte Einführungsphase die Chance, das Angebot in Rheine zu etablieren. Diese Chance würde Frau Schauer gerne nutzen.

Herr Christian Jansen fragt, ob dies im Rahmen eines Public-Private-Partnership Systems in den ersten drei Jahren laufen solle, ob es ein Gemeinschaftsunternehmen werden solle oder ob dem Unternehmen nur das Defizit ausgeglichen werden solle. Er weist auf die Außenbereiche wie Mesum und Elte hin, die in der Bewertung der Studie nicht so gut weggekommen seien. Aus seiner Sicht, sei es gerade in den Außenbereichen notwendig, ein Car-Sharing-Angebotes zu etablieren, da bestimmte Anbindungen z. B. in Elte nicht gegeben seien. Herr Jansen weist darauf hin, dass man gerne Einfluss auf die Auswahl der Pkws haben würde und natürlich Elektrofahrzeuge favorisiere. Wenn man als Stadt daraufhin konzeptionellen Einfluss nehmen könne, solle man an dieser Stelle noch nachjustieren.

Frau Schauer weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass man für das Unternehmen, welches den Zuschlag bekomme, nur das Defizit ausgleichen werde. Zum Thema Elte und Mesum erklärt Frau Schauer, dass sie davon abraten möchte, in der ersten Phase die Außenbereiche gleich mit einzubeziehen, da die Firma erst einmal aus dem defizitären Bereich herauskommen müsse. Was die Arten der Pkws betreffe, würde man erst mit 2 maximal 3 Elektrofahrzeugen

**12. Stadtteil-Lastenrad-Initiative für Rheine
Vorlage: 468/22**

Frau Schauer weist darauf hin, dass im Mai der Beschluss für die Lastenrad-Initiative gefasst worden sei und man jetzt mit den Vorschlägen zur Umsetzung im Bau- und Mobilitätsausschuss sei.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass er es gut finde, dass dies jetzt auf den Weg gebracht worden sei. Allerdings möchte er keinen Flickenteppich in Bezug auf die Umsetzung des Verleihsystems.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss fasst nachfolgende Beschlüsse:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum städtischen Förderprogramm für private Lastenräder zur Kenntnis.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt der Auslobung eines Wettbewerbes und der Bewertung durch die vorgelegte Matrix zu.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Umsetzung des Projektes „Stadtteil-Lastenräder“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der entsprechenden Erstellung der Förderanträge.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Öffentliche Auslegung der 1. Fortschreibung der Stellplatzsatzung der Stadt Rheine
Vorlage: 410/22**

Frau Jaske gibt einen kurzen Überblick zum Sachstand und über die Änderungen, die in der Stellplatzsatzung vorgenommen wurden.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den vorliegenden Entwurf zur 1. Fortschreibung der Stellplatzsatzung der Stadt Rheine zur Kenntnis und beschließt, den Entwurf für vier Wochen auszulegen und der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Sachstandsbericht, Änderung zum Maßnahmenkatalog, Fortschreibung des Rahmenplans (594)
Vorlage: 474/22**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum laufenden Rahmenplan Innenstadt und den Ablaufplan zur Fortschreibung des Rahmenplans zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in der Anlage 1 rot gefärbten Maßnahmen des Rahmenplan Innenstadt dem laufenden Städtebauförderprojekt zu entnehmen und diese zum Gegenstand der Fortschreibung des Rahmenplans zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Teiljahresabschlussbericht 2021, Fachbereich 5, PG 52, 53, 56 und 57
Vorlage: 384/22**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2021 für den Fachbereich 5 – Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**16. Berichtswesen 2022, Stichtag 31.10.2022 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57
Vorlage: 386/22**

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 mit dem Stand der Daten vom 31.10.2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**17. Beratung Stellenplan 2023, Fachbereich 5 - Planen und Bauen, PG 52, 53, 56 und 57
Vorlage: 440/22**

Herr Schomaker möchte wissen, was ein Smart-City-Manager in 2023 schon für Tätigkeiten hat, da der Bereich in 2023 noch nicht bebaut sei.

Frau Schauer erklärt, dass man den Bereich mit Mobilitätshubs ausstatten und ein besonderes Verkehrskonzept einrichten möchte, wobei viele Regelungen durch smarte Lösungen erfolgen sollen, wie z. B. der Zugang zu den Mobilitätshubs, Kennzeichenerfassung, Besucherverkehr etc. Für die Planung und Installation dieser digitalen Lösungen benötige man Fachpersonal, welches im Vorfeld der Maßnahme die Voraussetzungen für einen guten und reibungslosen Ablauf schaffen müssen. Neben dem Mobilitätskonzept werde es noch weitere Punkte geben, wie z. B. das Öffnen der Unterflursysteme, Paketboxen etc., für die man auch eine digitale Lösung benötige. Letztendlich möchte man alles in einem Lösungskonzept wie z. B. einer App-Lösung vereinen, in der die Dinge dann gemeinschaftlich gelöst seien. Für diese Entwicklung benötige man schon im Vorfeld Fachpersonal, die das Ganze entwickeln und begleiten. Frau Schauer erklärt, dass dies nicht bedeute, dass hierfür eine App entwickelt und programmiert werden müsse, sondern hier gehe es um die korrekte Ausschreibung für ein entsprechendes App-System. Frau Schauer weist darauf hin, dass die Stelle aus diesem Grund auf 3 Jahre befristet sei. Wenn die Abläufe sich eingespielt haben, könne dies von externen Unternehmen weiterbetreut werden.

Herr Schomaker fragt, warum die Stelle schon im Jahr 2023 benötigt werde.

Frau Schauer erklärt, dass immer ein halbes Jahr vergehe, bis man eine Stelle besetzt habe und es dann auch zeitlich erforderlich sei, da man Ende 2023/Anfang 2024 in die Vermarktung gehen möchte.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – PG 52, 53, 56 und 57 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2023 zu übernehmen.
2. die nachstehenden bestehenden und zusätzlichen befristeten Stellen des Fachbereiches 5 – PG 52, 53, 56 und 57

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monate
1	Vermessungstechniker/in	1,0 / EG 8	29.06.2025
2	Bauverwaltung, Beitragsrecht	1,0 / EG 9b/A10	31.12.2024
3	Hochbaumaßnahmen	EG 11	60
4	Smart-City-Manager/in für das Europaviertel am Waldhügel	EG 12	36
Summe		4,0	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit
3 Enthaltungen

18. **Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2023 - 2026 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie Sonderprojekt Rahmenplan Innenstadt**
Vorlage: 388/22

Herr Brauer weist darauf hin, dass es einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP gegeben habe und regt an, diesen der Reihe nach durchzugehen. Herr Brauer erklärt, dass die Entscheidungen für den Bau- und Mobilitätsausschuss mit **Punkt 2 des Antrages – Einsparung Magazin Museen Gutachten** beginnen.

Frau Schauer erklärt, dass die Verwaltung dem Antrag so folgen könne.

*Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgende weitere Änderungen zu übernehmen:
Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Investitionsplan,
Berichtszeile 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen:
Verminderung Magazin Museum (5202-186) um 1.890.000 EUR auf 300.000 EUR in dem Jahr 2023 und 1.109.000 EUR auf 1.890.000 EUR in 2024*

Herr Brauer lässt über die Änderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
1 Enthaltung

Herr Brauer stellt **Punkt 3 des Antrages – Einsparung Turnhalle Elsa-Brändström-Realschule** zur Diskussion.

Frau Schauer erklärt, dass der Antrag geprüft wurde und man zu dem Schluss gekommen sei, dass eine Einsparung der Turnhalle nicht sinnvoll sei. Sie weist darauf hin, dass die Aufstockung der Schüler für die Elsa-Brändström-Schule so schnell von statten gehe, dass die Turnhallenkapazitäten nicht ausreichen werden. Auch die Nutzung der Sporthalle der Paul-Gerhardt-Schule würde Abstimmungsprobleme verursachen und trotzdem nicht ausreichen. Man hätte dann einen Busverkehr zur Turnhalle an der Overbergschule, womit Einsparungen, die man über die Abschreibung der Turnhalle erhalte, wieder neutralisiert würden. Aufgrund dessen könne der Verwaltungsvorstand nicht empfehlen, die Turnhalle von der Maßnahme abzukoppeln und zeitlich zu schieben.

Herr Brauer erklärt, dass der Arbeitsauftrag aus dem Antrag hiermit erledigt sei und keiner Abstimmung bedürfe. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem zu.

Herr Brauer stellt **Punkt 4 des Antrages - Einsparung Brandschutz** zur Diskussion.

Frau Schauer erklärt, dass sie dem Antrag so folgen können. Man werde leider in der Zentralen Gebäudewirtschaft personelle Lücken haben, was zur Folge habe, dass man mit dem Budget was zur Verfügung stehe, gut auskommen werde. Sollten Dinge im Brandschutz erforderlich sein, werde man dies im Rahmen des allgemeinen Budgets der Gebäudewirtschaft erfüllen können.

*Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgende weitere Änderungen zu übernehmen:
Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Reduzierung der Aufwendungen für den Brandschutz um 100.000 EUR auf 100.000 EUR in dem Jahr 2023*

Herr Brauer lässt über die Änderung aus dem Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
 1 Enthaltung

Herr Brauer stellt **Punkt 5 des Antrages - Einsparung Breitbandausbau** zur Diskussion.

Frau Schauer erklärt, dass dies schon in der heutigen Vorlage 388/22 auf Seite 6 berücksichtigt wurde. Dies konnte somit reduziert werden, da in Rheine schon ein eigenwirtschaftlicher Ausbau erfolge.

Herr Brauer stellt **Punkt 6 des Antrages - Einsparung Strom** zur Diskussion.

Frau Schauer erklärt, dass sie der Anmerkung „Ist anhand der Preissteigerung neu zu kalkulieren.“ folgen könne, der Einsparung von 900.000,00 Euro auf 800.000,00 Euro allerdings nicht, da sich die Kosten erhöhen werden. Man sehe in der aktuellen Vorlage 388/22 eine Erhöhung des Ansatzes von 900.000,00 Euro auf 1.300.000,00 Euro vor.

Herr Brauer lässt über den Antrag der Fraktionen der CDU und FDP abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Brauer stellt **Punkt 7 des Antrages - Einsparung Planungsleistungen** zur Diskussion.

Frau Schauer erklärt, dass es hier um Planungsleistungen im Bereich der Verkehrsplanung für Projekte gehe, die noch nicht fest in der Straßenplanung o. ä. enthalten seien. Es sei dann so, dass ein paar Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Da es einen Haushaltsansatz gebe und viele andere Projekte noch betreut und weitergeführt werden müssen, würde man der Kürzung zustimmen können.

*Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgende weitere Änderungen zu übernehmen:
Produktgruppe 5301, Mobilitäts- und Verkehrsplanung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Reduzierung der Planungsleistungen um 29.000 EUR auf 80.000 EUR in dem Jahr
2023*

Herr Brauer lässt über **Punkt 7** des Änderungsantrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Im Nachgang lässt Herr Brauer über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den vorab beschlossenen Änderungen abstimmen.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

CDU-Fraktion Rheine
Bahnhofstraße 10 • 48431 Rheine
andree@hachmann.nrw

FDP-Fraktion Rheine
Poststraße 16 • 48431 Rheine
detlef@brunsch.de

15.11.2022

Projekt: Einsparungen im FB 5

Ziel: Haushaltskonsolidierung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die Fraktionen von CDU und FDP beantragen folgende Änderungen im Haushaltsplan für den Fachbereich 5 vorzunehmen (Nr. 1-3, 5-7), sowie den nachstehenden Prüfauftrag (Nr. 4):

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

1. Einsparung Gutachten						2022	2023
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	311	5	51	13	Gutachten	84	150
neu							100
alt	312	5	51	22	Einnahmen städtebauliche Verträge	100	500
neu							470

* eine Reduzierung bei den Gutachten führt zu Mindereinnahmen bei den städtebaulichen Verträgen.

2. Einsparung Magazin Museen						2023	2024
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	311	5	51	13	Gutachten	-2.190	-2.999
neu						-300	-1.890

Die Baumaßnahme kann mindestens ins Jahr 2024 geschoben werden, da die Grundlagen für eine Planung noch nicht vorliegen, in 2023 sind 300 TEUR Planungskosten einzusetzen.

3. Einsparung Turnhalle Elsa Brändström Realschule

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Verschiebung der Baumaßnahme von 2023 auf 2026 umsetzbar ist und welche Auswirkungen dies hat (Kostensteigerungen, Ausfallzeiten für Vereine, etc.).

4. Einsparung Brandschutz						2022	2023
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	321	5	52	13	ZGW - Brandschutz	200	200
neu							100



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

5. Einsparung Breitbandausbau						2022	2023
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	340	5	5301	2	Zuwendung Breitbandausbau	13	18.000
neu							0
alt	345	5	5301	15	Breitbandausbau	15	20.000
neu							0

Der Breitbandausbau wird nicht gekürzt, die Zahlen werden lediglich den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst.

6. Einsparung Aufwendungen für Strom						2022	2023
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	343	5	5301	13	Aufwendungen für Strom	650	900
neu							800

Ist anhand der Preissteigerung neu zu kalkulieren.

7. Einsparung Planungsleistungen						2022	2023
	Seite	FB	Gruppe	Nr.	Kurzbeschreibung	TEUR	TEUR
alt	343	5	5301	13	Planungsleistungen	109	109
neu							80

Andree Hachmann
CDU-Fraktionsvorsitzender

Detlef Brunsch
FDP-Fraktionsvorsitzender

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 5 - Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie der Sonderprojekte Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen. *Die genannten Änderungen sind zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig
4 Enthaltungen

19. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

19:30 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin